



II-4902 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

Zl. 474.954/5-IV/1/75

Parlamentarische Anfrage Nr. 2367/J  
betreffend Investitionsfinanzierung  
für das Montanwerk Brixlegg

2303/A.B.

zu 2367/J.

Präs. 26. AUG. 1975

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates  
Anton BENYA

Parlament

1010 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. KEIMEL, Dr. LEITNER und Genossen haben am 4.7.1975 unter der Nr. 2367/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend die Investitionsfinanzierung für das Montanwerk Brixlegg gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Die obgenannten Abgeordneten haben an den Herrn Bundeskanzler am 29.4.1975 eine schriftliche Anfrage mit sehr grundsätzlichen Fragen gerichtet, welche dieser am 3.6.1975 völlig nichtssagend - insbesondere ohne auf die einzelnen klaren Fragen einzugehen - beantwortete. Er beantwortete nicht die klare Frage, ob Versprechen an den Betriebsrat vorlagen, es wurde auch nicht gefragt, ob Arbeitsplätze gefährdet, sondern durch die Investition 80 neue geplant sind usw. Insbesondere interessiert jedoch in diesem Zusammenhang eine klare grundsätzliche Aussage des Bundeskanzlers als Eigentümervertreter. Inzwischen berichtete die Presse über angebliche Beteiligungsabsichten der Muttergesellschaft VMW an einer deutschen Firma mit etwa 400 Mio. S.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher n o c h m a i s an den Herrn Bundeskanzler mit dem Ersuchen um ausführliche Beantwortung nachfolgende

A n f r a g e :

- 1) Wurde anlässlich der Fusionierung der Montanwerke Brixlegg mit den Vereinigten Metallwerken Ranshofen die Zusage des Ausbaus von Brixlegg, insbesonders durch die Errichtung einer Großwalzdrahtanlage gemacht ?
- 2) War diese Zusage auch dem Betriebsrat deshalb gemacht worden, um neben der Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze auch zusätzlich 80 neue Arbeitsplätze zu schaffen ?
- 3) Erfolgte diese Entscheidung lediglich zufolge Kapital-Mangel des Eigentümers, obwohl die Investition nach wie vor wirtschaftlich und für Brixlegg unerlässlich ist ?
- 4) Wenn ja, ist der Eigentümer der verstaatlichten Unternehmen, nämlich der Bund, grundsätzlich für die Kapital-Ausstattung seiner Unternehmen verantwortlich und zuständig oder nicht ?
- 5) Da Sie gemäß den Presseberichten dem Land Tirol und der Gemeinde Brixlegg die teilweise Kapital-Aufbringung bzw. -finanzierung nahelegten, ist offensichtlich also die Notwendigkeit der Investition nach wie vor unbestritten. Mit welcher Begründung jedoch sollen unter Hintanstellung von Gemeinde- und Landesaufgaben dann Land und Gemeinde Kapital- und Zinsenzuschüsse für Unternehmen beisteuern, dessen Eigentümer dafür selbst zu sorgen hat und dazu in der Lage ist, wie der Eigentümer Bund ?
- 6) Sind Sie der Meinung, daß für die Kapital-Aufbringung für Unternehmen welcher Art immer, die Finanzierung über die Kommunal-Kredit-AG gesetzlich möglich und zweckmäßig ist ?

- 7) Welches Ergebnis haben die nochmaligen Überlegungen des Generaldirektors der VMW R-B für eine möglichst kurzfristige Realisierung dieses Investitionsvorhabens erbracht ?
- 8) Bis wann ist mit einer Realisierung nun zu rechnen ?
- 9) Wurden von der VMW R-B tatsächlich Verhandlungen, Gespräche oder ähnliche Pläne für eine Beteiligung an einem deutschen Werk - angeblich in Hamburg - geführt bzw. erwogen ?
- 10) Wenn ja, wie weit sind diese Pläne gediehen, an welchen Umfang einer eventuellen Beteiligung war oder ist gedacht ?
- 11) Wie soll die Mittelaufbringung für eine Beteiligung welcher Art immer erfolgen ?"

Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Wie ich bereits in der vorangegangenen Anfragebeantwortung in dieser Angelegenheit deutlich zum Ausdruck gebracht habe, wird das Projekt der Errichtung einer Kupfergieß-Walzdrahtanlage für das Werk Brixlegg der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG nach wie vor als dringlich angesehen. Die bereits geplante Realisierung mußte jedoch zufolge der angespannten Finanzlage des Unternehmens auf Grund der weltweit schwierigen Situation der Aluminiumindustrie vorerst zurückgestellt werden, um damit das Investitionsvolumen den geänderten Ertragsverhältnissen anzupassen. Nach einer Mitteilung des Vorstandes der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG zeichnen sich nun gewisse Möglichkeiten der Finanzierung des Investitionsvorhabens ab. Als maßgeblicher Beitrag wird voraussichtlich ein ERP-Kredit gegeben werden können. Durch die erfolgte Verschiebung der Inangriffnahme des Projektes sind aber keine Arbeitsplätze im Werk Brixlegg unmittelbar gefährdet. In Anbetracht weltweiter wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der Aluminiumindustrie ist vorgesehen, der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG noch im laufenden Jahr 100 Mio S an Kapital zuzuführen.

Im Übrigen möchte ich die einzelnen Anfragen wie folgt beantworten:

- Zu 1) Es war eines der Ziele der branchenweisen-Zusammenfassung des Bereiches der verstaatlichten NE-Metallindustrie, die Gießerei des Werkes Brixlegg auszubauen. Diese Absicht besteht nach wie vor mit der Realisierung der neuen Kupfergieß-Walzdrahtanlage.
- Zu 2) Grundsätzlich werden durch richtige Investitionen Arbeitsplätze gesichert. Über die Schaffung von zusätzlich 80 neuen Arbeitsplätzen ist vom Vorstand der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG dem Betriebsrat des Werkes Brixlegg keine Zusage gemacht worden. Neue Arbeitsplätze wären sicherlich aus arbeitsmarktpolitischen Gründen begrüßenswert, hängen jedoch von der konjunkturellen Entwicklung des Aluminium-Marktes ab.
- Zu 3) Die Entscheidung des Vorstandes der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG, das Investitionsprojekt Brixlegg zurückzustellen, erfolgte aus Finanzierungsgründen. Darüber hinaus sind noch grundlegende technische Fragen zu klären.
- Zu 4) Der Eigentümer der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG, zu dem das Werk Brixlegg gehört, ist auf Grund der ÖIG-Gesetz-Novelle 1969 die Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (ÖIAG). Diese hat auch die damit zusammenhängenden Finanzierungsaufgaben im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu erfüllen.
- Zu 5) Die aus der gegenständlichen Investition im Werk Brixlegg sich für die Gemeinde und das Land darstellenden Vorteile lassen eine Unterstützung von dieser Seite gerechtfertigt erscheinen. Solche Finanzierungsaktionen sind zumal auch durchaus üblich und es gibt einige Beispiele

hiefür in den anderen Bundesländern. Die Mittelaufbringungen durch den Eigentümer selbst sind naturgemäß nicht im unbeschränkten Umfange möglich, wobei im besonderen auf das an sich hohe Investitionsniveau der verstaatlichten Industrie hingewiesen werden muß.

- Zu 6) Unternehmensgegenstand der Österreichischen Kommunal-Kredit-AG ist nach der Satzung dieser Gesellschaft "die Gewährung langfristiger Darlehen (Kredite) an Österreichische Gemeinden zur Finanzierung der Aufschließung von Industriegelände, sowie von Einrichtungen, welche die Ansiedlung von Industrieunternehmen erleichtern und die Ausgabe von Schuldverschreibungen zu diesem Zwecke". Im gegenständlichen Fall zeichnet sich die Möglichkeit für einen solchen, über die Gemeinde dem Unternehmen für das Investitionsprojekt einzuräumenden Kredit in Höhe von 15 bis 20 Mio. S ab.
- Zu 7) Der Vorstand der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG ist für eine rasche Realisierung des Investitionsprojektes im Werk Brixlegg bereit und führt diesbezügliche Finanzierungsgespräche weiter. Dabei zeichnen sich, wie erwähnt, gewisse Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung ab.
- Zu 8) Die Realisierung des Projektes wird nach Sicherstellung der Finanzierung und Klärung noch offener technischer Fragen unverzüglich in Angriff genommen.
- Zu 9) Der Vorstand der Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG hat mit einhelliger Zustimmung des Aufsichtsrates Verhandlungen bezüglich der Beteiligung an einer Aluminium-Elektrolyse in Hamburg geführt.
- Zu 10) Das gegenständliche Projekt wurde vom Aufsichtsrat am 25.7.1975 grundsätzlich genehmigt. Die zu gründende Hamburger Aluminiumwerk Ges.m.b.H. könnte

am 1. Oktober 1975 den Betrieb übernehmen. Die Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG wäre am Eigenkapital dieser Gesellschaft von 60 Mio DM mit 1/3 beteiligt, wodurch sie Anspruch auf ebenfalls 1/3 der Jahreserzeugung von rd. 100.000 to Aluminium hätte.

- Zu 11) Die Mittelaufbringung ist vom Unternehmen in Form einer Sonderfinanzierung vorgesehen, wodurch die Finanzierung des Projektes Brixlegg weder gefährdet noch beeinträchtigt wird.

25. August 1975

